

## Pressemitteilung

### Organspende im Bundestag

### Selbstbestimmungsrecht muss berücksichtigt werden

Berlin, 16. Januar 2020 – Die BARMER begrüßt die heutige Debatte im Deutschen Bundestag über eine Reform der Organspende. „Die intensive parlamentarische Diskussion über die Erhöhung der Organspendebereitschaft ist gesellschaftspolitisch enorm wichtig. Wir brauchen neue Wege und Mittel, um den tausenden Patientinnen und Patienten, die auf lebenswichtige Organe warten, rasch zu helfen“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der BARMER, Prof. Dr. Christoph Straub. Schließlich hätten die langjährigen Aufklärungskampagnen ihr Ziel nicht erreicht. Das Vertrauen der Bevölkerung in das System der Organspende sei nach den Skandalen der Vergangenheit offenbar nachhaltig beschädigt. Straub: „Wichtig ist, dass das Selbstbestimmungsrecht der Bürgerinnen und Bürger bei jedweder politischen Entscheidung ausreichend berücksichtigt wird.“

### Nur jeder dritte Bürger besitzt Organspendeausweis

Eine Umfrage der BARMER belege, dass die Organspendebereitschaft im Jahr 2019 zurückgegangen sei. Waren im Jahr 2018 noch 36 Prozent im Besitz eines Ausweises, bejahten dies in 2019 nur noch 34 Prozent. Stabil hoch geblieben sei der Anteil der Befragten, die sich durch die Organspende-Skandale der Vergangenheit negativ beeinflusst sehen. Er lag im vergangenen Jahr bei etwa 38 Prozent.

Mehr Infos zu den Ergebnissen der Organspende-Umfrage:

[www.barmer.de/p011580](http://www.barmer.de/p011580)

**BARMER**  
**Pressestelle**

Axel-Springer-Str. 44 • 10969 Berlin

[www.barmer.de/presse](http://www.barmer.de/presse)  
[www.twitter.com/BARMER\\_Presse](https://www.twitter.com/BARMER_Presse)  
[presse@barmer.de](mailto:presse@barmer.de)

Athanasios Drougias (Ltg.)  
Tel.: 0800 33 30 04 99 14 21  
[athanasios.drougias@barmer.de](mailto:athanasios.drougias@barmer.de)

Sunna Gieseke  
Tel.: 0800 33 30 04 99 80 31  
[sunna.gieseke@barmer.de](mailto:sunna.gieseke@barmer.de)